

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnold.
Druck: H. Grottel, Rastbach.
Verlagsanstalt: H. Grottel, Rastbach.
Erscheinungsort: Rastbach.
Erscheinungsdatum: 23. Juli 1921.

Bezugpreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 7.50 Mark, monatlich 2.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsenträger und Ausgabestellen, sowie alle Poststellen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

№. 170.

Sonnabend, den 23. Juli 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der beim Ministerium für Wiederaufbau bestehende Beirat für die Reparationsfrage ist gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Rathenau zusammengetreten, der längere vertrauliche Ausführungen machte.

Eine Denkschrift über die Unterernährung des deutschen Volkes und die sich ergebenden schweren Schädigungen der Volksgesundheit wird zurzeit im Reichsgesundheitsamt ausgearbeitet und geht im Herbst dem Reichstag zu.

Nach einem amtlichen amerikanischen Bericht betragen die bisher auf die Ententeschulden nicht gezahlten Zinsen rund 950 Millionen Dollars.

Gegenüber den Meldungen, die von einem Scheitern der Kreditaktion des Völkerbundes berichten, wird festgestellt, daß an Wiener amtlichen Stellen von einem derartigen Ereignis nichts bekannt ist.

Die Botenkonferenz hat die erste Sitzung der österreichisch-ungarischen Grenzkommission zum 27. Juli einberufen.

Goldwerte.

W. W. Zu den umstrittensten Fragen der Steuerpolitik gehört die Erfassung der Sach- oder Goldwerte. Schon der Begriff an sich ist unklar. Die Behauptung, daß die Sachwerte unter der Wertverwertung nicht gelitten hätten, ist falsch. Wohl alles, was in unserer Wirtschaft Sachwert hat, hat sich auf die Geldbewertung eingestellt. Wer schätzt irgend eine Sache noch auf der Grundlage des Marktwertes der Vorkriegszeit? Wertstens gilt das vom städtischen oder landwirtschaftlichen Grundbesitz oder gar von den industriellen Unternehmungen. Wir können das bei jedem Wertwechsel beobachten, ebenso an den Kursen der Aktien. Sollte der städtische Grundbesitz tatsächlich erfasst werden, so müßte als Ausgleich unbedingt die Aufhebung der Wohnungsnot dauernd und vollständig erfolgen. Dann aber würde sich folgendes ergeben: die Mieten würden beträchtlich steigen, aber nicht nur um den Betrag der Geldbewertung, sondern auch um den der Wertschwund. Wenn versucht würde, das durch Gesetz zu verbieten, würde das wieder die Einführung der Wohnungsnotdauernd und vollständig machen. Die Wertschwund-Erfassung der Sachwerte hätte aber noch ein anderes Ergebnis: wie schon die Steuerpolitik an sich mit der Geldbewertung rechnet und sie offenbar als unabänderliche Erscheinung betrachtet, würde die Wertschwund-Erfassung die Geldbewertung erst recht befestigen. Sehen wir einmal den Fall, daß der Vorschlag der Wertschwund-Erfassung in der Vorkriegszeit angeregt und durchgeführt worden wäre. Auch das hätte kein anderes Ergebnis erzielt, als alle Sachwerte um den Betrag der Wertschwund-Erfassung und darüber hinaus im Werte hinaufzutreiben.

Nun fehlt es nicht an Versuchen, die Wertschwund-Erfassung zu veredeln. So hat der Reichsminister angedeutet, das Reich wolle sich an den größeren Unternehmungen durch Genussaktien beteiligen. Allgemein ist dazu zu sagen, daß eine solche Beteiligung für die Industrie und für die Reichsfinanzen bedenkliche Folgen haben würde. Angenommen, daß das Reich sich bei allen großen und mittleren Unternehmungen mit 20 vom Hundert zwangsweise beteiligt, so legt das voraus, daß für das Reich Jahr für Jahr auch Erträge ausgeschüttet werden. Die Beteiligung erfolgt doch deshalb, um unsere finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Nun kann sehr wohl und sehr oft geschehen, daß die Unternehmungen keine oder geringe Überschüsse abwerfen. In der Regel wird dann auf die Dividendenumschüttung verzichtet. Aber auch wenn die Erträge hoch sind, pflegt nicht der ganze Gewinn verteilt zu werden, weil Rücklagen, Abschreibungen usw. notwendig sind. Sobald die Unternehmungen diese Gewinnpolitik ändern, leben sie nur noch von der Hand in den Mund. Sie sind unfähig, wirtschaftliche und finanzielle Erschütterungen auszuhalten. Die Zusammenbrüche würden sich mehren, immer größere Kreise ziehen und die ganze Wirtschaft krank machen. Noch ein anderes ist zu beachten. Indem das Reich 20 vom Hundert der industriellen Werte an sich zieht, verringert sich auf der anderen Seite der Ertrag, von dem bisher Steuern aller Art eingezogen wurden. Die Rechnung geht also nicht so auf, daß das Reich alle anderen Steuererträge nach dem Voranschlag erhält, und daß dazu noch der Betrag aus der Wertschwund-Erfassung kommt. Dieser Betrag geht den Unternehmern und Aktionären verloren, wird nicht voll versteuert, jedoch sich hieraus schon ein Minderertrag der Gesamteinnahmen des Reiches ergibt. Mit dem Begriff der Goldwerte ist also steuerrechtlich nicht viel anzufangen.

Amerika als Vermittler in der oberschlesischen Frage?

Eine bedeutsame Sitzung des Reichskabinetts.

Beitl Parisien erklärt aus Berlin, daß das Reichskabinett Donnerstag nachmittag eine größere Sitzung abgehalten hat. Diese Sitzung begann um 4 Uhr und wurde um 5 Uhr unterbrochen, um dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, die in der Wilhelmstraße geladenen Vertreter der amerikanischen Botschaft zu empfangen. Dr. Wirth hat in dieser Besprechung vor den amerikanischen Vertretern in Gegenwart von Rosen und Rathenau eine Rede gehalten, deren Wortlaut geheim gehalten wird. Der Berliner Berichterstatter des Beitl Parisien glaubt aber zu wissen, daß der Reichskanzler in dieser Rede den deutschen Standpunkt in der Frage des deutsch-amerikanischen Friedens und in der Frage der Zwangsmaßnahmen sowie in der oberschlesischen Frage auseinandergesetzt hat. Der Reichskanzler soll unabweislich auf die Vermittlerrolle angespielt haben, die die amerikanische Regierung in der oberschlesischen Frage spielen könnte. Die amerikanische Regierung soll sogar amtlich um diese Vermittlung angegangen worden sein. Es liegen zweierlei Nachrichten über den Erfolg dieses Vermittlungserfahrens vor, erstens eine tendenziös geärbte Tagesmeldung aus Washington, die besagt, daß ein solches Ergehen im amerikanischen Außenamt nicht eingetrossen sei. Man mache aber im amerikanischen Außenamt darauf aufmerksam, daß die territorialen Veränderungen nicht genügend groß seien, um die amerikanische Regierung zu einer Intervention zu veranlassen. Die zweite Nachricht ist ein Kabeltelegramm an den Pariser New York Herald in dem es heißt, die oberschlesische Frage sei der Regierung unterbreitet worden. Das amerikanische Außenamt habe erklärt, Amerika beabsichtige nicht, sich in den gegenwärtigen englisch-französischen Konflikt verwickeln zu lassen. Die Grenzfrage in Oberschlesien sei eine rein europäische Angelegenheit und für Amerika ohne Interesse, solange der Weltfrieden herzustellen sei. Mit dem Augenblick des Friedensschlusses aber sei der Zeitpunkt zum Handeln gekommen, möglicherweise sogar in dem Sinne, daß auch amerikanische Truppen nach Oberschlesien geschickt würden, und zwar kämen hierfür Truppen des amerikanischen Besatzungsheeres in Betracht, die zurzeit in Koblenz lagen und ohnehin für Oberschlesien bestimmt gewesen seien.

Kühle Aufnahme des Vermittlungsvorschlages in Washington.

Nach Meldung der Frankfurter Zeitung aus New York wird die englische Anregung einer Vermittlung der Vereinigten Staaten in der oberschlesischen Krise in Amerika ziemlich kühl aufgenommen. Eine Intervention der Bundesregierung würde nur dann erfolgen, wenn der europäische Friede unmittelbar bedroht wäre.

Erste deutsche Vorstellungen in London.

Morningpost meldet, daß durch die Vermittlung des englischen Botschafters in Berlin eine erste deutsche Vorstellung in London eingegangen ist, in der Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages die umgehende Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien verlangt. Derselben Blatt zufolge fand nach Eingang der deutschen Note eine Sitzung des gesamten englischen Kabinetts statt.

Die französische Verstärkung unterwegs.

An gutunterrichteter Londoner Stelle wird bekannt, daß Frankreich es nicht für vorteilhaft befunden habe, das Ergebnis des Meinungsaustausches mit London über die Frage der Entsendung neuer Truppen nach Oberschlesien abzuwarten und daß sich eine französische Division bereits auf dem Wege nach Oberschlesien befindet. Daily Chronicle teilt mit, daß in London die Entsendung weiterer französischer Truppen als nicht geeignet angesehen werde, um die Lage zu klären. Man sei vielmehr der Ansicht, daß dadurch die Polen zu weiteren Angriffen auf die Deutschen provoziert werden dürften. Es sei dann möglich, daß die Deutschen sich rächen und daß plötzlich wieder das ganze Volk in Waffen stände. Dann hätten die Franzosen wieder einen Vorwand, um mit einer neuen Besetzung des Ruhrgebietes drohen zu können. — Daily Chronicle behauptet, daß England zurzeit nicht genügend Soldaten entbehren und nach Oberschlesien senden könnte, um den Franzosen dort das Gleichgewicht zu halten, und sagt, daß Briand's Kommission von Sachverständigen die oberschlesische Frage in keiner Weise werde belegen können, da sie nur an den Obersten Rat zu berichten haben würde.

Die Verhinderung Oberschlesiens.

Das römische Blatt Paese veröffentlicht folgende Warschauer Information über den franko-polnischen Geheimvertrag. Polen verpflichtet sich ein Heer von 800 000 Mann zu unterhalten, zu dessen Kosten Frankreich einen Goldfrank pro Tag und Mann beiträgt. Für die gänzliche Lösung der oberschlesischen Angelegenheit erhalten die Franzosen die Ausbeutungsrechte in den Bergwerken des Kreises Bleh und Mlynski,

sowie 40 Prozent Kapitalbeteiligung an den gesamten oberschlesischen Gruben.

Oberschlesien und innere Politik.

Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer empfing seinen Mitarbeiter des W. T., dem er über die augenblickliche Lage in Oberschlesien, sowie über die nächsten Aufgaben des Reichsministeriums des Innern u. a. erklärte: Ich teile die Auffassung des Reichskanzlers, die er einem amerikanischen Journalisten gegenüber über den Zusammenhang der Entscheidung der oberschlesischen Frage und der Lage der Reichsregierung darlegte. Nur eine baldige Entscheidung kann großes Unheil verhüten. In einem neuen Zustand der Polen aus eigener Kraft glaube ich nicht. Ein solcher Zustand könnte ausbrechen, wenn Frankreich ihn will und herbeiführt. Es muß dringend gewünscht werden, daß die Deutschen in Oberschlesien Ruhe bewahren, damit nicht durch unüberlegte Handlung ein Vorwand für die französisch-polnischen Pläne geschaffen wird. Aus oberschlesischen Kreisen wird mir vereinzelt Mitteilung gemacht, daß dort eine gegen die deutsche Regierung und Verfassung gerichtete Putschsache durch die in der Auflösung begriffenen Selbstschutzformationen bestehe. Meines Erachtens müssen diese Vorgänge aufmerksam verfolgt werden. Ich glaube aber, daß alle führenden Männer des Selbstschutzes keinen Anlaß zu einer Befragung geben. Es dürfte sich vielmehr um einige abenteuerliche Unterführer handeln, die mit ihren Leuten im Lande umherziehen und das Gefahrenmoment bilden. Ueber die Fragen seines Ressorts erklärte der Minister, daß er im Herbst hoffe, den Gesetzentwurf zur Errichtung einer Reichskriminalpolizei dem Reichstag vorlegen zu können. Es handele sich dabei um eine bessere Bekämpfung des Verbrechertums durch Errichtung einer Reichsstelle, die in ständiger Gemeinschaft mit den Landespolizeibehörden arbeiten soll. Neben dieser Reichskriminalpolizei soll auch das jetzige Reichskommissariat für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung eine gefestigte Grundlage erhalten. Auf dem Gebiete des Verfassungswesens sei ein Gesetzentwurf zum Vollzug des Artikels 18 der Reichsverfassung fertiggestellt. In diesem Gesetz soll das Verbandsrecht geregelt werden, durch das bei Veränderung von Landgebieten oder bei Neubildung von Ländern der Wille der beteiligten Bevölkerung festgestellt wird. Eingeleitet sei ferner die Reform der Gesetzgebung für die Reichsbeamten und die allgemeine Regelung des Beamtenrechts.

Der Herr der deutschen Außenpolitik.

Erinnerungen an König Eduard und Kaiser Wilhelm.

Die Times fährt mit dem Abdruck der Erinnerungen von Sir Findley Lee über König Eduard fort. Der Verfasser weist heute darauf hin, wie der damalige Prinz von Wales (1896) eine Annäherung an Rußland herbeizuführen versuchte, wie er 1914 noch direkte Beziehungen zu dem russischen Gesandten in Kopenhagen knüpfte, dem er sagte, daß die Foesen mit Frankreich abgeklüffelte Entente zu der Hoffnung berechtigt, mit Rußland zu einem endgültigen Abkommen zu gelangen.

Der Verfasser geht dann auf den Bruch zwischen Eduard und dem damaligen Kaiser Wilhelm ein und sagt, der Onkel sei oft genötigt gewesen, seinem Neffen wegen seiner ungezügelter Sprache einen Tadel zu erteilen. In dem letzten Brief an den Kaiser schrieb Eduard, es sei für einen Weltfriede wichtig, daß Deutschland und England Schulter an Schulter ständen. Wilhelm II. antwortete darauf, daß nur dadurch die Ideale der Christenheit gewahrt werden könnten. Gleichgültig warnte der Kaiser seinen Freund Nikolaus vor dem Erzbischof (gemeint ist Eduard), der einen Kreuzzug gegen Deutschland und Rußland zu gleicher Zeit planen wollte.

Der Kaiser machte sich ferner bei König Eduard durch seine Gemohnheit, unaufgefordert Ratschläge zu erteilen, unbeliebt. So schrieb er einmal nach seinem Besuche in Gibraltar einen Brief an König Eduard und gab ihm Ratschläge, wie er die Befestigungen dort entsprechend ändern müßte. Er begründete dies mit dem Hinweis darauf, daß er Feldmarschall der britischen Armee sei. Als besonderes Charakteristikum führt der Verfasser einen Ausschnitt aus einem Briefe an. Dort schreibt Wilhelm II. an König Eduard:

Die Presse ist auf beiden Seiten fürchterlich; aber hier hat sie nichts zu sagen, denn ich bin der alleinige Schiedsrichter und Herr der deutschen Außenpolitik.

Möge Ihre Regierung, so habe in dem Briefe weitac gestanden, das niemals vergessen und mich nicht in die Notwendigkeit bringen, daß ich den Kopf nach der einen oder der anderen Seite zu wenden haben würde, was für uns beide ein Unglück sein müßte.

Kohlenausnutzung in der Zukunft.

W. G. Es ist ganz ersichtlich, daß vorzustellen, was unsere Vorfahren für Augen machen würden, wenn sie einen modernen Großbetrieb des Bergbaues oder der